

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.  
2 illust. Beilagen) in der  
Expedition, bei unsern Pos-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

Nr. 28.

Sonnabend, den 6. März

1897.

Wie zur Kenntniss der königlichen Kreishauptmannschaft Zwickau gekommen, sind im Regierungsbezirk noch vielfach **Fischfanggeräte** im Gebrauche, welche der Vorschrift in § 9 der Verordnung vom 28. Oktbr. 1878 zu Ausführung von § 15 des Gesetzes über die Ausübung der Fischerei in fließenden Gewässern vom 15. Oktober 1868 nicht entsprechen.

Da die fraglichen Geräte in der Regel schon von deren Verfertigern in unvorschriftsmäßigem Zustande geliefert werden, so werden die beteiligten Kreise vor Ankauf derartiger Fanggeräte und vor deren Benutzung anordnungsgemäß gewarnt.

Schwarzenberg, am 27. Februar 1897.  
**Königliche Amtshauptmannschaft.**  
Fehr. v. Wirsing.

### Bekanntmachung.

Alle hierorts aufhältlichen Militärpflichtigen werden hierdurch noch besonders darauf hingewiesen, daß sie sich zu der von dem Herrn Civilvorstehenden der königlichen Ersatzkommission des Aushebungsbezirks Schneeberg auf

**Montag, den 8. März 1897, Vormittags 9 Uhr**

angesehen, im hiesigen **Feldschloßchen** stattfindenden Musterung pünktlich einzufinden haben.

Nichtpünktliches oder Nichterscheinen zieht Geldstrafe bis zu 30 Mark bez. entsprechende Haftstrafe nach sich.

Eibenstock, den 2. März 1897.

**Der Rath der Stadt.**  
Hesse.

Unüchtel.

Das mit der Bekanntmachung vom 17. März 1893 erlassene Verbot des **Tabakrauchens aus offenen Pfeifen und von Zigarren innerhalb der Waldungen des Verwaltungsbezirks** wird mit dem Hinzufügen eingeschärft, daß Zuwiderhandlungen mit **Geldstrafe bis zu 60 Mark oder Haft** bestraft werden.

Schwarzenberg, am 3. März 1897.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**

Fehr. v. Wirsing.

Leschner.

**Sonnabend, den 6. dieses Monats,**

**3 Uhr Nachmittags**

sollen im hiesigen Amtsgericht **1 runder Tisch, 1 Waschtisch, 1 Wanduhr, 1 Sommerüberzieher, 3 Spazierstöcke, 2 Vogelhäuser** u. s. w. versteigert werden.

Eibenstock, den 5. März 1897.

**Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht.**

Altuar Böhme.

**Dienstag, den 9. dieses Monats,**

**11 Uhr Vormittags**

sollen die im **Gasthose „zum Sächsischen Hof“** in **Dolfsgrün** eingestellten **Wänder**, als: **4 Lederbänke** mit **Lehne**, **2 viereckige Tische**, **2 lange Tafeln**, **3 Stühle** und **1 tafelförmiges Pianoforte** versteigert werden.

Eibenstock, den 4. März 1897.

**Der Gerichtsvollzieher beim Königlichen Amtsgericht.**

Altuar Böhme.

### In der Kretafrage

Ist das geeinigte Europa nun glücklich einen Schritt avanciert! Unter der Voraussetzung, daß ihr nicht etwa durch ein späteres Dementi ebenso das Leben nicht nachträglich ausgeblasen wird, wie dem berühmten russischen Communiqué, sieht heute die Thatsache fest, daß die Mächte gestern in Athen durch die Sekretäre ihrer Gesandtschaften der griechischen Regierung eine gleichlautende Note überreicht haben. Es wird sogar heute schon der Wortlaut der Note mitgeteilt, der folgendermaßen lautet:

Auf Befehl meiner Regierung bringe ich zur Kenntniss Ew. Excellenz, daß die Großmächte beabsichtigen, die Verwaltungslinie festzustellen, die bestimmt ist, einer Lage ein Ende zu machen, der vorzubeugen nicht von ihnen abhing, deren Veranlassung aber danach angethan sein würde, den Frieden Europas zu gefährden. Die Mächte haben sich über die beiden folgenden Punkte geeinigt: 1. Kreta kann auf keinen Fall unter den gegenwärtigen Umständen von Griechenland annerkt werden. 2. Angesichts der durch die Türkei herbeigeführten Verzögerung in der Anwendung der mit ihr vereinbarten Reformen sind die Mächte entschlossen, unter voller Aufrechterhaltung der Integrität des osmanischen Reiches Kreta mit einem vollständig durchgeführten Selbstverwaltungssystem auszustatten, das bestimmt ist, der Insel eine besondere Regierung unter der hohen Souveränität des Sultans zu sichern. Die Verwirklichung dieser Absicht würde nach Ansicht der Mächte nur zu erreichen sein, durch die Rückberufung der griechischen Schiffe und Truppen von Kreta. Die Mächte erwarten zuversichtlich von der Weisheit der griechischen Regierung die Entschloßung, daß sie nicht auf einem, den Beschläffen zuwiderlaufenden Wege verharre. Die Gesandten verhehlen nicht, daß ihre Instruktionen ihnen vorschreiben, der griechischen Regierung im Voraus mitzuteilen, daß im Falle einer Weigerung die Mächte unwiderruflich entschlossen sind, vor keinen Zwangsmitteln zurückzuschrecken, wenn nach Ablauf einer Frist von sechs Tagen die Zurückberufung der griechischen Truppen und Schiffe von Kreta nicht erfolgt.

Möchte man sich auch vielleicht die Worte der Note noch etwas energischer gewünscht haben, — mit der Thatsache müssen die streitbaren Hellenen nun wenigstens rechnen, daß sie vor einer Rundgebung der Mächte stehen, über die man nicht durch schöne Kammerreden und Zeitungartikel hinwegkommt. Nunmehr heißt es offen Farbe bekennen, mit Ja oder Nein antworten. Ein weiteres Hin- und Herreden können sich die Großmächte, nachdem sie diesen Schritt gethan haben, nicht mehr bieten lassen, sie müßten denn die bestimmte Absicht haben, sich selbst vor einander und vor der Welt zum Gespött zu machen.

Die ganze Angelegenheit spitzt sich also nun wohl darauf zu, ob König Georg überhaupt noch freiwillig rückwärts kann, ob seine Dynastie wird fortbestehen können, wenn die griechischen Schiffe wieder in den rettenden Hafen von Piräus einlaufen müßten. Die nächsten Tage schon müssen die Antwort auf diese Frage bringen.

Nach allen aus Athen eintreffenden Meldungen läßt sich kaum erwarten, daß die griechische Regierung der sogenannten Commation der Mächte ohne Weiteres Folge leisten wird.

Augenscheinlich finden sehr lebhaft Verhandlungen zwischen Athen und einzelnen Hauptstädten statt. Die Athener Blätter sprechen sich einstimmig für eine Politik des Widerstandes aus. Die einen nennen die von den Mächten zugesicherte Autonomie Kretas ein „diplomatisches Nichts“, die anderen eine Narrheit, fast alle drohen mit dem Aufruhr in Macedonien und der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen die Türkei, die der Intervention der Mächte ein Ende machen soll. Natürlich konnte diese von den Zeitungen geführte Sprache ihre Wirkung auf die Massen nicht verfehlen. Mittwoch Abend und selbst während der Nacht durchzogen die Straßen Athens zahlreiche Manifestanten, welche die Vereinigung Kretas mit Griechenland verlangten. Inzwischen liegen über die Absichten des Königs und der Regierung noch immer keine verlässlichen Nachrichten vor.

Nach einer Meldung des Pariser „Temps“ glaubt man, daß die Antwort der Regierung auf die Note der Mächte negativ ausfallen werde und zwar „wegen der patriotischen Exaltation der Massen“. Von anderer Seite verlautet, daß die Regierung in einer Gegennote um eine Verlängerung der Räumungsfrist bitten würde, um inzwischen Zeit zu weiteren Vorbereitungen für den Krieg mit der Türkei zu gewinnen. Nach einer dritten, natürlich aus London stammenden Meldung berath der griechische Ministerrath jetzt über militärische Maßnahmen, welche durch die Lage an der Grenze von Thessalien erfordert werden und wo es jeden Augenblick zu einem Zusammenstoß zwischen griechischen und türkischen Truppen kommen könne.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der gegen die Sozialdemokratie gerichtete Theil der letzten Kaiserlichen Rede bietet den „Hamburger Nachrichten“ Anlaß zu einem längeren, diesmal sogar ausnahmsweise vom Wolff'schen Telegraphenbureau verbreiteten Artikel, der sich zunächst gegen die Illusion wendet, als gäbe es irgend ein Mittel, die Sozialdemokratie zu „verschönen“. Dies habe auch die Kaiserliche Botschaft von 1881 nicht bezweckt, die nur die Pflicht des Staates betonte, die Härten zu mildern, die den Arbeiter bei Erwerbsunfähigkeit aus gleichviel welchem Grunde bedrohen, und das Mögliche zu seiner Sicherstellung zu thun. Das Hamburger Blatt fährt weiter sehr treffend aus, daß es niemals gelingen werde, den Arbeiter auf die Dauer zufrieden zu stellen und bemerkt in dieser Beziehung: „Wäre es mit der Rentabilität der Betriebe vereinbar und gewährte man den Arbeitern heute den doppelten Lohn, den sie bisher erhalten, unter gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit, so würden sich ihre Bedürfnisse binnen Jahresfrist oder in noch kürzerer Zeit derart gesteigert haben, daß sie übermals neue Forderungen stellten, und wenn diese nicht erfüllt würden, genau wie jetzt den sozialistischen Rädelshörnern zuliefen. Dafür würden diese schon allein sorgen. Sie sind mit ihrer ganzen Existenz daran interessiert, daß der Arbeiter stets in Kampfesstimmung gegen Staat und Gesellschaft erhalten wird und willig seinen mühsam verdienten Groschen bergiebt, mittelst deren die Agitatoren ein bedagliches Leben führen, während sie sonst ebenfalls arbeiten müßten. Sie werden den Arbeitern stets vorschwindeln, ihre Lage verbessern zu können, ohne auch nur den geringsten Nachweis darüber zu erbringen, wie sie das machen wollen.“

— Berlin, 2. März. Die heute im Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen des Handelsministers über den Stand der Handwerker-Organisation haben wesentlich Neues nicht gebracht und auch nicht bringen können, da die Kenntniss von dem Stande der Dinge bereits vor mehreren Wochen durch die vom Staatssekretär von Bötticher gegebenen Aufschlüsse den weitesten Kreisen vermittelt worden war. Gleichwohl enthalten die Äußerungen des Herrn Ministers Vorfeld manches, was einer besonderen Beachtung werth erscheint, weil es über die gegenwärtige Stellung der Regierung zur Handwerkerpolitik Licht verbreitet. Dazu rechnen wir vor allen Dingen die Erklärung, daß man regierungsseitig darauf hinwirke, eine genossenschaftliche Zusammenfassung innerhalb der verschiedenen Handwerkerzünfte ins Leben zu rufen behufs Ermöglichung gemeinsamen Ankaufs und Verkaufs der Rohstoffe und der Erzeugnisse und zur Erlangung von Kredit. Daß derlei Bemühungen im Gange seien, konnte bereits im vorigen Jahre aus verschiedenen Vorträgen entnommen werden, die von staatlich beauftragten Wanderrednern in einigen Bezirken veranstaltet worden waren. Die Rede des Ministers gewährt die erfreuliche Gewißheit, daß in dieser Richtung generell zu Werke gegangen und damit das Handwerk in seiner Allgemeinheit über dasjenige aufgeklärt werden soll, was ihm am allermeisten noththut.

— Berlin, 4. März. Beim Abbruch des Wasserthurmes auf dem Terrain der Gewerbeausstellung bei Treptow erfolgte ein Einsturz, wobei drei Personen getödtet und fünf schwer verletzt wurden.

— Ueber den Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck zirkuliren in Berlin Besorgniss erregende Gerüchte. Die „Post“ kann dem gegenüber mittheilen, daß das Befinden des Fürsten zu ernsteren Bedenken keinen Anlaß giebt, was schon allein die Thatsache beweisen dürfte, daß Prof. Schweininger sich am Mittwoch nach dem Süden begeben hat.

— Die Beteiligte einiger Universitätslehrer in Preußen an sozialpolitischen Vorträgen hat in der letzten Zeit zu wiederholten Malen ein scharfes Vorgehen seitens der Unterrichtsverwaltung zur Folge gehabt. Dieses Vorgehen wurde wieder der Anlaß zu vielfachen Diskussionen über die Berechtigung des Universitätslehrers, außeramtlich seiner Meinung Ausdruck geben zu dürfen und sie eventuell mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu vertreten. Es ist sicherlich nicht ohne Bedeutung und Interesse, zu erfahren, so schreibt die „Berl. Wissensch. Corr.“, daß die Unterrichtsverwaltung in diesen Fällen sich nur, wie wir hören, an Beschlüsse gehalten hat, die das Resultat einer Ministerkonferenz sind, in der diese Frage eingehend erörtert wurde und gelegentlich, wie es scheint, energische Maßregeln vereinbart wurden.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Die „Königliche Zeitung“ brachte vor einiger Zeit, im Anschluß an die Errichtung einer kunstgewerblichen Fachzeichenschule mit Vorbilder Sammlung in Barmen einen sehr bemerkenswerthen Artikel über den Werth solcher Schulen, speciell unter Hinweis auf die Erfolge, welche die Kgl. Industrieschule zu Plauen für die Vogtländisch-Erzgebirgische Industrie zeitigte. Der Artikel schließt mit den Worten: „Die Schulen, aber freilich Schulen, die den örtlichen Bedürfnissen der Industrie angepaßt sind und moderne, stets zugängliche und benutzbare Sammlungen